

nicht mittragen, stehen 1,03 Milliarden D-Mark an Einnahmen nur die genannten 779 Millionen D-Mark an Ausgaben zuzüglich der Infrastrukturmaßnahmen gegenüber.

Damit wäre eine staatliche Anschubfinanzierung in vielen dringend erforderlichen Fällen, so im Raum Bitterfeld sowie auf den Gebieten der Trinkwasserversorgung, unter anderem in Leipzig, der Abwasserbehandlung, unter anderem in meiner Heimatstadt Schwerin, der Luftreinhaltung, unter anderem im Bezirk Halle, nicht oder nur in einem ganz geringen Umfang möglich.

Die CDU/DA-Fraktion unterbreitet daher den Vorschlag, daß der Ministerrat, konkret der Finanzminister, beauftragt wird, entweder durch Umverteilung innerhalb des Fonds zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen oder durch andere Deckungsmöglichkeiten zusätzlich mindestens 250 Millionen D-Mark bereitzustellen, damit wenigstens einige wichtige Umweltmaßnahmen realisiert werden können und ein Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben, einschließlich der genannten Infrastrukturmaßnahmen, erreicht werden kann.

Diesen Standpunkt teilt übrigens auch der Haushaltsausschuß. Mit der Verwirklichung dieses CDU/DA-Vorschlages könnten beispielsweise 72 Millionen D-Mark für die Anschubfinanzierung in Bitterfeld, 14,6 Millionen D-Mark für Biosphärenreservate, Nationalparks und Naturschutzgebiete, 63,5 Millionen D-Mark für Maßnahmen zur Luftreinhaltung, 71,7 Millionen D-Mark für die Verbesserung der Abfallwirtschaft und 44,6 Millionen D-Mark zur Finanzierung von Altlasten bereitgestellt werden.

Finanziell noch nicht gesichert wären damit u. a. der Bau von Kläranlagen und der Bau von Kanalisationen in Höhe von 446,7 Millionen DM, Vorhaben zur Sanierung der Trinkwasserversorgung in Höhe von 177,6 Millionen DM sowie weitere Vorhaben zur Luftreinhaltung, der Abfallwirtschaft und zur Sanierung der Gewässer.

Damit würden vorbereitete und materiell gesicherte Maßnahmen nicht begonnen werden, Maßnahmen, die noch im 2. Halbjahr haushaltswirksam werden könnten. Deshalb ist über die von mir genannten Mindestforderungen hinaus durch den Ministerrat und seinen Finanzminister gewissenhaft die Forderung des Ministeriums nach weiteren 800 Millionen DM zu prüfen und einer möglichst positiven Entscheidung zuzuführen. Das ist übrigens auch der einhellige Standpunkt des Umweltausschusses dieses Hohen Hauses.

Auf Grund der äußerst angespannten Situation im Haushalt bin ich mir als Mitglied beider Ausschüsse, nämlich des Haushaltsausschusses und des Umweltausschusses, bewußt, was ich hier ausspreche, aber die Überwindung der sozialistischen Mißstände in Natur und Umwelt erfordert außergewöhnliche Maßnahmen, die nicht erst in den nächsten Jahren beginnen dürfen. Das sind wir, glaube ich, vor allem unseren Kindern schuldig.

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Anliegen der CDU/DA-Fraktion zu folgen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU/DA)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte als nächsten Redner den Abgeordneten Herrn Dörfler von der Fraktion Bündnis 90/Grüne, das Wort zu nehmen.

Dr. Dörfler für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Verehrte Präsidentin! Werte Abgeordnete! Umweltschutz kostet Geld; niemand zweifelt daran. Mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes scheint man allerdings den Gegenbeweis führen zu wollen. Das Umweltministerium erhält laut Entwurf für das 2. Halbjahr 1990 reichlich eine halbe Milliarde zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben und hat im Dezember eine komplette Milliarde wieder abzuliefern. Keine Bank, kein anderes Unter-

nehmen bietet derart berauschende Möglichkeiten zur Vermehrung des Kapitals. Ausgerechnet im Bereich des Umweltschutzes soll ein solches Akrobatentstück möglich sein. Es ist naheliegend: Hier wird die Natur geplündert.

Dieses scheinbare Geschäft mit der Umwelt riecht nach Verwesung; hier stirbt etwas ab. Ich bitte Sie zu begreifen: Es sind unsere Lebensgrundlagen, die lebensnotwendigen natürlichen Ressourcen auf unserem Stück Erde.

Der bewilligte Beitrag für Umweltschutzmaßnahmen ist im 2. Halbjahr wesentlich kleiner ausgefallen als der entsprechende Umweltfonds für das 1. Halbjahr 1990. Wie ist das zu verstehen? Entweder sind die bisher vorgenommenen Umweltbestandsaufnahmen, die Meldungen über Bitterfeld und Espenhain, über die Vergiftung der Elbe und über die Nitratbelastungen des Trinkwassers bei den Haushaltsplanern nicht angekommen, oder der Umweltnotstand wird schon als halb überwunden betrachtet.

Der Haushaltsentwurf trägt die Unterschrift des Herrn Ministerpräsidenten. Ich frage deshalb: Herr Ministerpräsident, wie unterscheidet sich die gegenwärtige Umweltpolitik von der Nicht-Umweltpolitik der vergangenen Jahrzehnte, wenn nicht einmal ein Mindestmaß an finanziellen Mitteln zur Realisierung der allernötigsten Umweltreparaturen und Schadensbegrenzungen bereitgestellt wird? Von Vorsorge will ich hier noch gar nicht reden.

Welchen Wert hat vor diesem Hintergrund die Regierungsklärung, in der vom Schutz der Lebensgrundlagen und von der Verantwortung vor der Schöpfung die Rede war?

Dem Ministerpräsidenten liegt eine Gesamtübersicht über die dringendsten Umweltsanierungen vor. Danach besteht, das wurde bereits gesagt, ein finanzieller Gesamtbedarf von mindestens 1,27 Mrd. D-Mark, und nur ein Bruchteil dieses Bedarfs soll nun bereitgestellt werden. Damit fielen Maßnahmen im Umweltschutz, wie in einheitsgrauer Vorzeit hinlänglich bekannt, unter den Tisch, so in der Luftreinhaltung, in der Abfallwirtschaft, in der Altlastensanierung.

Wie wollen Sie, Herr Ministerpräsident, erklären, daß auch künftig keine oder völlig unzureichende Mittel für den völlig vernachlässigten Kläranlagenbau zur Verfügung stehen? Wie wollen Sie den Müttern und Vätern von Kleinkindern erklären, daß derzeit kein Geld vorhanden ist, um einen Abbau der bedrohlichen Nitratbelastungen im Trinkwasser einzuleiten? Wie ist zu rechtfertigen, daß für den Umweltschutz nicht einmal 1 Mrd. D-Mark aufgebracht wird, für die Subventionierung der Energieverschwendung aber fast 3 Mrd. D-Mark bereitgestellt werden? Kurz, warum muß die Energieverschwendung weiter belohnt werden, statt die Einsparung und damit die Umweltentlastung finanziell zu fördern?

Haben wir in diesem Lande nicht schon lange genug aufgeschoben, was eigentlich Vorrang haben müßte, nämlich die Sicherung unserer grundlegendsten Lebensbedürfnisse?

Was ist der Regierung die Umweltqualität und damit die Lebensqualität der Bürger eigentlich wert? Wie steht es um den christlichen Anspruch, wenn der Regierung die Bewahrung der Schöpfung nicht einmal 0,9 % des Gesamthaushaltes wert ist?

Einsparungen im Umweltschutz vorzunehmen, bedeutet, eine Ausbreitung der Schäden weiter zuzulassen. Es ist bekannt - und Prof. Hegewald hat es schon gesagt -, daß jede Mark, die hierbei dem Rotstift zum Opfer fällt, Umweltschäden in dreifacher Höhe hinterläßt. Soll das unser Vermächtnis für den Weg in die deutsche Einheit sein?

Welcher Investor baut schon gern in einer kranken Umwelt und auf vergiftetem Boden, und wie attraktiv soll denn dieser Landstrich für Touristen sein, wenn nicht das Nötigste getan wird, um dem schlechten Ruf als Umweltkatastrophenland offensiv zu begegnen.

Wir fordern als Fraktion Bündnis 90/Grüne die Regierung auf, die Haushaltsmittel so zu verteilen, daß Umweltschutz nicht nur